

«Wir leben in Zeiten, in denen sich die grossen Parteien schwertun»

Interview S.D. des Erbprinzen von und zu Liechtenstein mit dem Liechtensteiner Volksblatt zum Jahresende

Interview: Doris Quaderer, Chefredakteurin

Publikation: 31. Dezember 2016

Liechtensteiner Volksblatt: Durchlaucht, die Legislatur neigt sich dem Ende zu, welche Note würden Sie der aktuellen Regierung für die geleistete Arbeit geben?

S.D. der Erbprinz: Ich würde der Regierung eine sehr gute Note geben. Sie hatte eine sehr schwierige Ausgangslage und hat insgesamt erfolgreich gearbeitet.

Liechtensteiner Volksblatt: Und dem Landtag?

S.D. der Erbprinz: Auch der Landtag hat trotz schwieriger Ausgangslage und völlig neuer Zusammensetzung insgesamt sehr gut gearbeitet. Die neue Zusammensetzung mit einer stärkeren Opposition hat ausserdem zu einer anderen Dynamik im Landtag geführt.

Kürzlich haben Sie in einem Interview mit der Schweizer «Nordwestschweiz» über die Vorteile der Monarchie gesagt, dass ein Monarch einfacher Themen angehen könnte, die zwar unpopulär, aber für die langfristige Entwicklung seines Landes wichtig seien. Da hätten es Politiker schwieriger, wenn sie wiedergewählt werden müssten. Jetzt ist Wahlkampf, welches heisse Eisen, welches dringend angefasst werden müsste, wird derzeit wahlkampftaktisch umschifft?

Ich habe nicht den Eindruck, dass aus wahltaktischen Überlegungen heisse Eisen umschifft werden. Das hat vielleicht auch damit zu tun, dass etliche heisse Eisen wie die Reform der Gesundheitsvorsorge und der Altersvorsorge schon vor den Wahlen angegangen wurden.

Welche Probleme wird der kommende Landtag bzw. die kommende Regierung zu lösen haben?

In der nächsten Legislatur wird man insbesondere Lösungen zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf suchen müssen. Ausserdem braucht es Lösungen in Bezug auf eine nachhaltige Sicherung der Alterspflege, sowohl was die Finanzierung betrifft, als auch die Kapazitäten. Dann wäre es sicher gut, im Bereich der Bildung noch weitere Verbesserungen zu erzielen.

Sie haben es angesprochen, eines der Wahlkampfthemen ist die Familienpolitik. In ihrer Rede zum Staatsfeiertag haben Sie ebenfalls für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf plädiert. Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, werde einer der Erfolgsfaktoren unserer Gesellschaft sein. Die Initiative «Familie und Beruf» ist vom Stimmvolk deutlich verworfen worden. Waren Sie überrascht?

Ja. Die Ablehnung war zwar zu erwarten, aber nicht in der Höhe. Ich glaube, es wäre gut, dass man jetzt sehr rasch eine Übergangslösung im Bereich der Kita-Finanzierung findet, dies, um diese Ungleichbehandlung unter den Kitas zu beseitigen oder wenigstens zu entschärfen. Zusätzlich sollte die eingesetzte Arbeitsgruppe eine langfristige Gesamtlösung zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf erarbeiten.

Sie haben in ihrer Rede am Staatsfeiertag ebenfalls gesagt, dass viele Eltern insbesondere im ersten Jahr überfordert seien, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Hier brauche es Lösungen, dass Eltern ihre Babys selber betreuen könnten, ohne berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Wie kann das gelingen?

Dazu braucht es einerseits eine finanzielle Lösung, damit Eltern ohne zu grosse finanzielle Nachteile

Urlaub zur Betreuung ihrer Babys beziehen können. Andererseits wird man auch auf Seiten der Unternehmen überlegen müssen, wie man Eltern, die einen Elternurlaub in Anspruch nehmen, die Rückkehr in die Arbeitswelt erleichtern kann.

Kürzlich habe ich mit einem CEO eines grossen Unternehmens in Liechtenstein gesprochen, welcher gesagt hat, dass das Unternehmen jetzt Teilzeitarbeit fördern wolle. Auch in höheren Positionen soll es künftig möglich werden, das Pensum auf 90 oder 80 Prozent zu reduzieren. Das ist schon mal ein Schritt, wobei ich finde, dass ein Pensum von 80 Prozent noch sehr hoch ist, auch dann, wenn die Kinder bereits in der Schule sind. Müssten hier die Firmen noch flexibler und kulanter werden?

Ja. Die Unternehmen werden sich vielfach neue Modelle überlegen müssen, wenn sie vor allem ihr weibliches Personal halten wollen, in dessen Ausbildung sie teilweise viel investiert haben. Aber auch angesichts des demographisch bedingten Fachkräftemangels wird es für Unternehmen immer wichtiger, hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als attraktiver Arbeitgeber zu gelten.

Der Gesellschaftsminister hat vorgeschlagen, dass das Elterngeld, welches aus der Familienausgleichskasse gezahlt wird, erhöht werden soll. Ausserdem soll es gestaffelt bezogen werden können, damit man sich eine Auszeit auch leisten kann. Unterstützen Sie diesen Vorschlag?

Ich halte das für einen prüfenswerten Ansatz. Wir sollten generell darüber nachdenken, wie wir die Mittel in der Familienausgleichskasse möglichst im Interesse der Eltern verwenden. Es kann durchaus sein, dass sich der Zeitpunkt des grössten Finanzbedarfs der Eltern über die Jahre geändert hat und sie sich heute für die ersten Lebensmonaten des Kindes mehr Finanzmittel aus der Familienausgleichskasse wünschen, um ihre Kinder leichter selbst betreuen zu können.

Sie haben im Staatsfeiertagsinterview angeregt, dass es in der Bildung mehr Angebote in Richtung Tagesschule geben sollte. Bildungsministerin Aurelia Frick plant nun, die Blockzeiten an Schulen auszuweiten, damit die Kinder am Morgen und vor dem Mittag längere Eingangs- und Ausgangszeiten hätten, in denen sie bereits betreut wären. Dies käme insbesondere Müttern entgegen, welche Teilzeit arbeiten und bereits schulpflichtige Kinder haben. Mit den heutigen Schulzeiten ist eine Arbeitstätigkeit ohne zusätzlich auf Tagesstrukturen zurückgreifen zu müssen, kaum möglich. Wäre das mal ein finanzierbarer Anfang?

Das wäre sicher ein guter Anfang. Was die Finanzierbarkeit betrifft, so hängt viel davon ab, ob man pragmatische, auch auf Freiwilligenarbeit basierende Lösungen sucht. Es muss nicht immer die Luxuslösung sein.

Ein Thema, welches das Gewerbe in diesem Jahr ebenfalls beschäftigt hat, war die Ungleichbehandlung von liechtensteinischen Unternehmen in der Schweiz. Die Liechtensteiner Gewerbler haben «gleich lange Spiesse» gefordert. Nun hat die Regierung eine Vorlage präsentiert, um dem Wunsch der Wirtschaft nachzukommen. Wie schätzen Sie diese Problematik ein?

Natürlich ist es für Unternehmen ein fairer Wettbewerb mit gleich langen Spiesen wichtig. Ich denke, mit der von der Regierung vorgeschlagenen Lösung sind wir auf einem guten Weg.

Im Landtag war von einem Erkalten der Beziehungen mit der Schweiz die Rede. Insbesondere dass die Quellenbesteuerung keinen Eingang ins DBA mit der Schweiz fand, goutierten verschiedene Abgeordnete gar nicht. In der Debatte im Landtag darüber kam der DU-Abgeordnete Erich Hasler auf die legendäre „Rucksackrede“ ihres Vaters zu sprechen. Er betonte, dass ein Nichtunterzeichnen des DBAs kein Affront an die Schweiz wäre, sondern ein Ausdruck von Selbstbewusstsein. Der Landtag stimmte dennoch zu, das DBA tritt im Januar in Kraft. Wie bewerten Sie dies? Hätten die Liechtensteiner mehr auf den Tisch hauen sollen?

Das DBA mit der Schweiz ist durchaus in unserem Interesse. Ich glaube nicht, dass wir mehr zu unserem Vorteil erreicht hätten, wenn wir das DBA nicht unterzeichnet und weitere Verhandlungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben hätten.

Also hegen Sie keine Hoffnung, dass wir doch noch bezüglich der Quellensteuer eine Lösung finden?
Langfristig würde ich dies nicht ausschliessen, aber in nächster Zeit halte ich es für unrealistisch.

Auch bezüglich Fachkräftemangel sind wir stark auf die Schweiz angewiesen. Wir können die Grenzgänger aus dem EU-Raum in der Schweiz ansiedeln, das ist ein grosser Vorteil. Denn kürzlich hat die Stiftung Zukunft.li eine Studie vorgelegt, die aufzeigt, dass wir darauf achten sollten, unsere Sonderregelung im Bereich der Zuwanderung zu halten. Wie stehen Sie zu dem Thema Zuwanderung?

Ich halte es auch für sinnvoll, dass wir diese Sonderregelung behalten. Ich glaube auch nicht, dass in der Bevölkerung eine Mehrheit vorhanden ist, diese Regelung abzuschaffen.

Dennoch gibt es Forderungen aus der Wirtschaft, die Zuwanderung etwas zu lockern.

Unsere Wirtschaft war wegen der Einschränkungen bei der Ansiedlung von Arbeitskräften und der verfügbaren Fläche immer schon gezwungen, auf hohe Produktivität zu setzen. Das hat der Wirtschaft insgesamt nicht geschadet und wird ihr wohl auch in Zukunft nicht schaden.

Die Kehrseite ist jedoch, dass wir, wenn wir so weitermachen, künftig deutlich mehr Grenzgänger als Einwohner haben werden. Das bedeutet auch, dass viel Geld auch in Form von Sozialleistungen ins Ausland abfliessen wird. Dieses Thema kochte auch im Zuge der Abstimmung über die Initiative „Familie und Beruf“ immer wieder hoch. Sitzen wir da nicht auf einem Pulverfass?

Das ist nur dann gefährlich, wenn wir nicht bei der nachhaltigen Sicherung unserer Sozialversicherungssysteme diesen Abfluss von Sozialleistungen ins Ausland in den Berechnungen ausreichend berücksichtigen. Solange wir dies einkalkulieren, sehe ich hier kein grosses Problem.

Aber das bedingt ein stetiges Wachstum. Sollten die Arbeitsplatzzahlen mal rückläufig sein, dann kann das durchaus kritisch werden.

Dies bedingt aus meiner Sicht zwar nicht ein stetiges Wachstum, aber natürlich sollten wir unsere Sozialversicherungssysteme so ausgestalten, dass sie auch rückläufige Arbeitsplatzzahlen verkraften. Dazu benötigen wir mittelfristig noch weitere Reformen der Sozialversicherungssysteme.

Dann ist die Reform, welche in diesem Jahr durchgeführt wurde, noch nicht nachhaltig genug aus Ihrer Sicht?

Im internationalen Vergleich stehen wir sehr gut da. Im skandinavischen Raum gibt es aber Staaten, welche nachhaltigere Modelle der Altersvorsorge haben. Ich denke, auch wir sollten bald noch einen Schritt weitergehen, um ein wirklich nachhaltiges Modell zu haben.

Die kürzlich veröffentlichte Lohnstatistik hat gezeigt, dass erstmals Grenzgänger mehr verdienen als die hiesige Bevölkerung. Im Abstimmungskampf zur Initiative «Familie und Beruf» war die Grenzgängerthematik auch ein wichtiger Punkt. Laufen wir hier nicht Gefahr, dass sich hier die Einwohner plötzlich benachteiligt fühlen? Das würde gewisse populistische Tendenzen im Land befeuern.

Natürlich besteht eine gewisse Gefahr, dass solche Lohnstatistiken populistische Tendenzen befeuern. Ich frage mich aber, ob man mit einem solchen Vergleich zwischen den Grenzgängern und der hiesigen Bevölkerung aufgrund der Gesamtlohnstatistik nicht Äpfel mit Birnen vergleicht. Ich bin mir nicht sicher, ob bei einem genaueren Vergleich anhand der Qualifikationen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen die Grenzgänger immer noch mehr verdienen als die hiesige Bevölkerung.

In vielen Staaten sind derzeit Rechtspopulisten hoch im Kurs. Die Zuwanderungsproblematik macht den Menschen Angst. Wie kann die Politik diesen Ängsten begegnen?

Einerseits gibt es Überfremdungsängste. Diesbezüglich ist ein gut kontrollierter Zuwanderungsmechanismus wichtig, den wir in Liechtenstein glücklicherweise haben. Andererseits gibt es Ängste vor der Globalisierung und Digitalisierung. Diesbezüglich ist eine gute Bildung der

Bevölkerung wichtig, damit sie sich im globalen Wettbewerb gut behaupten kann und den technologischen Wandel mitgehen kann. Auf die Globalisierung mit Protektionismus zu reagieren, ist der falsche Weg und wäre gerade als Kleinstaat völlig kontraproduktiv. Wir sind auf offene Märkte angewiesen.

Wenn aber nun andere Staaten anfangen, ihre Märkte besser zu schützen? Der designierte amerikanische Präsident Donald Trump hat seinen Wahlkampf sehr stark auf diesem Thema aufgebaut. Fürchten Sie diesbezüglich negative Konsequenzen für Liechtenstein?

Ich habe keine grosse Angst, dass Donald Trump besondere Massnahmen treffen wird, um sich gegen Europa, inklusive Liechtenstein, abzuschotten. Ich sehe aber die Gefahr, dass Chancen für mehr Freihandel nicht genutzt werden, Chancen, welche in einer schwierigen Wirtschaftslage helfen würden. Ausserdem könnte der Freihandel aufgrund dieser protektionistischen Tendenzen weltweit leiden. Davon wäre natürlich auch unser Wirtschaftsplatz betroffen.

Die Globalisierung geht auch mit einer immer stärker werdenden Regulierung einher. Gerade der Finanzplatz ächzt unter den immer höher werdenden Anforderungen. Derzeit kämpfen die Banken mit der Umsetzung der 4. Geldwäschereirichtlinie, der automatische Informationsaustausch gilt ab Januar. Ist diese Regulierungsflut für unsere Banken überhaupt noch grössenverträglich?

Die Regulierungsflut ist auch für grosse Finanzinstitute eine Herausforderung. Sie ist mit erheblichen Zusatzkosten verbunden ist. Daher ist es wichtig, dass man möglichst alle anderen Kosten gut im Griff hat. In dieser Hinsicht hat eine jüngst veröffentlichte Studie den Liechtensteiner Banken gute Noten ausgestellt. Ich glaube, wir können einigermaßen zuversichtlich in die Zukunft blicken, auch wenn es da oder dort vielleicht noch zu Konsolidierungen kommt.

Der Finanzplatz ist einer der grössten Einnahmequellen des Staates. Wenn es diesem schlecht geht, dann sinken auch die Steuereinnahmen. Gerade im Jahr 2009, in Zeiten der Bankenkrise, gingen die Steuereinnahmen drastisch runter. Der Staatshaushalt ist jetzt zwar saniert, es braucht keine neuen Sparpakete mehr. Wie tönern sind die Füsse, auf denen der ausgeglichene Staatshaushalt fusst?

Wir sind noch immer in sehr unsicheren Zeiten – gerade auch was Europa betrifft. Daher erachte ich es als wichtig, dass wir bezüglich unseres Finanzhaushaltes sehr vorsichtig sind.

Bräuchte es weitere Massnahmen aus Ihrer Sicht? Also, sind weitere Sparrunden nötig?

Gemäss der Finanzplanung sind keine weiteren Massnahmen notwendig, weil wir uns innerhalb der Parameter des Finanzhaushaltsgesetzes bewegen. Gänzlich ausschliessen kann man weitere Sparrunden aber nicht, beispielsweise wenn sich das wirtschaftliche Klima in Europa verschlechtern sollte.

In den letzten Jahren wurden drei Massnahmenpakete verabschiedet, um den Staatshaushalt zu entlasten. Das neue Krankenversicherungsgesetz tritt per Anfang Jahr in Kraft, die Reformen der AHV und der Betrieblichen Personalvorsorge werden ein Jahr später umgesetzt. Erst dann wird die Bevölkerung die Sparmassnahmen erst richtig zu spüren bekommen. Wie hart wird dies bestimmte Bevölkerungsgruppen treffen?

Das ist schwer vorherzusagen, weil viel davon abhängt, wie die Massnahmen im Einzelfall zusammentreffen und wie sich der Einzelne verhält. So spielt es z.B. eine Rolle, welche Franchise er bei der Krankenversicherung wählt.

Doch die Angst geht um, dass gerade der Mittelstand durch die Massnahmen stark unter Druck kommen wird.

Beim Begriff Mittelstand fällt mir auf, dass dieser je nach politischer Zielrichtung in der Diskussion sehr unterschiedlich definiert wird. Dass einige vom Staat etwas weniger bekommen als zuvor, kann durchaus sein. Ich glaube aber nicht, dass dadurch eine breite Bevölkerungsschicht absteigen wird.

Aber, ist Ihrer Meinung nach Sozialabbau betrieben worden?

Nein. Auch nach den Sparmassnahmen sind unsere Sozialsysteme mindestens noch so grosszügig wie die Schweizer und liegen auf einem international hohen Niveau.

Die Legislatur war schwierig und von Sparmassnahmen geprägt. Keine guten Vorzeichen, um in die Wahlen zu steigen. Denken Sie, dass es am Wahltag zu Überraschungen kommen wird?

Auch das ist schwer vorherzusagen. Wir haben aber bei den letzten Wahlen bereits eine grössere Überraschung erlebt. Wir leben in Zeiten, in denen sich Grossparteien schwertun. Das sehen wir auch in anderen Staaten.

Persönliche Fragen:

Wie werden Sie die Festtage verbringen?

Die Festtage haben wir teilweise hier verbracht und teilweise waren wir Skifahren.

In Malbun?

Nein, weiter weg, aber auch in Malbun bin ich ab und zu auf der Piste. (lacht)

Haben Sie Vorsätze für das nächste Jahr?

Nein, ich habe keine speziellen Vorsätze.

Ihre Kinder sind bereits recht flügge – was machen diese derzeit?

Die beiden Älteren studieren, die beiden Jüngeren sind noch in der Schule in England. Über die Festtage waren sie aber alle hier.

Was wünschen Sie den Menschen hierzulande fürs kommende Jahr?

Ich wünsche unserer Bevölkerung, dass sich das internationale Umfeld verbessert und dass wir es dadurch auch in Liechtenstein im nächsten Jahr wieder leichter haben werden.